

Christoph Meyer:

Wer regiert die Demokratie?

Impulsreferat für die Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Dialog kontrovers“ am 21.6.2017 in Mittweida

Gestern habe ich eine Ankündigung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit zu einer Tagung in meinem Postfach gefunden. Die fand ich ganz interessant. Das Thema soll Demokratie sein, interessanterweise. Und diese Ankündigung enthielt einige Leitfragen, zum Beispiel: „Was bedeutet die Diskreditierung der Demokratie für die weitere Entwicklung der Sozialen Arbeit?“ – Es gibt also offenkundig auch ein Fachinteresse an diesem Thema.



In dem Papier wird das noch etwas weiter ausgeführt. Ich beschränke mich hier einmal auf das Negative: „Die Regierungsform der Demokratie gerät in ihrer westlichen Ausprägung zunehmend unter Druck. Es gibt Menschen, die sich von den politischen Institutionen und gewählten Vertreter_innen nicht hinreichend repräsentiert fühlen.“ Und daraus folgt „Unzufriedenheit“, „Raum für populistische Kräfte“, „Unmut“ angesichts von sozialer „Unsicherheit und Unübersichtlichkeit“ (das erinnert mich an Franz-Josef Strauß, der hat in den 1960er Jahren einmal etwas von „4U“ gesagt, und nachher gab’s die Große Koalition, übrigens). Der Unmut wiederum wird kanalisiert von rechtspopulistischen Kräften, es kommt zu „Aus- und Abgrenzungen“¹ anderer, Fremder.

Ist die Demokratie also diskreditiert? Das ist eine steile These, ich gehe zunächst einen Schritt zurück und beginne also mit einer Definition, was hier aus meiner Sicht Konsens sein sollte (vielleicht ist es das nicht, wir können es ja noch diskutieren). Dann komme ich zu einer Reihe von kontroversen, kritischen Fragen.

¹ Demokratie und Soziale Arbeit. Call for Papers der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) zur Jahrestagung am 27./28. April 2018 in Hamburg (Anlage zu Rundschreiben von Juni 2017).

Was bedeutet Demokratie heute in der Bundesrepublik Deutschland?

Ganz einfach, wird man denken: Grundgesetz, Artikel 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Und weiter: „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Mit anderen Worten: In der Demokratie regiert nicht das Volk, aber es entscheidet, mit Mehrheit, wer regiert.

Die Macht der Regierenden wiederum ist beschränkt: Macht auf Zeit (es wird ja alle paar Jahre wieder gewählt). Sie ist gebunden an Recht und Gesetz, und sie ist verteilt auf verschiedene Zuständigkeiten, auf mehreren Ebenen, die Gewaltenteilung, die Ebenen Bund, Länder, Kommunen und Europa). Eine weitere Beschränkung ist, anders als es in der DDR war oder doch von der herrschenden Staatspartei zumindest angestrebt wurde, gibt es Bereiche, die der staatlichen und politischen Willensbildung entzogen sind: die Wirtschaft, vieles im Privatleben, und die „Zivilgesellschaft“.

Es gibt eine klassische konservative Auffassung von Demokratie. Die heißt: Die Wähler geben ihre Stimme bei den Wahlen ab, und das war's dann schon – für vier oder fünf Jahre – mit einer demokratischen Willensbildung. Denn dann wird einfach in Ruhe regiert.

Dieses hat so nie funktioniert – und es funktioniert heute erst recht nicht mehr.

Das Volk – oder doch ein Teil der Bevölkerung – nimmt – auf unterschiedliche Weise und durchaus auch mit unterschiedlichem Gewicht – zu jeder Zeit Einfluss auf die Willensbildung. Bei uns nicht so sehr über Volksbegehren und Volksentscheide. Aber durch Demonstrationen, Bürgerinitiativen, durch Interessenverbände, durch Organisationen wie Vereine, Parteien, Gewerkschaften und so weiter – ebenso wichtig sind Umfragen, die Demoskopie und was in den Medien veröffentlicht und geschrieben wird. Von all dem losgelöst kann niemand in der Demokratie regieren.

Es gibt viele Verflechtungen, die scheinen vielleicht verwirrend, manchmal auch unverständlich. Wichtig ist: Es gibt in der Demokratie Machtunterschiede. Aber es gibt auf der anderen Seite auch nicht die EINE Regierung, die EINE Gruppie-

rung oder Gruppe, die all das steuert und lenkt. Das wären Verschwörungstheorien, und die sind fehl am Platze.

Ebenso fehl am Platze ist der Populismus, welcher meint, alleine die Wahrheit, alleine Volkes Wille erkannt zu haben und ihn gegen „die da oben“, oder gegen irgendwelche fremden Mächte, umsetzen zu können. So einfach ist das nicht. In Dresden – und mancherorts genießt sie Sympathien – haben wir eine Gruppierung, die ruft wöchentlich „Wir sind das Volk“. Das ist eine Anmaßung. Sie vertreten nicht die Meinung aller oder einer Mehrheit, die allein Anspruch auf Wahrheit hat. Sie sind nur ein Teil der Willensbildung. Mit anderen Worten: „Pegida“ sollte nicht rufen „Wir sind das Volk“ – sondern besser und zutreffender wäre: „Wir sind Partei“.



Der bedeutendste demokratische Politiker, den Sachsen im 20. Jahrhundert hervorgebracht hat – wer Stefan Busse zugehört hat, den wundert's jetzt nicht –, war Herbert Wehner, einer der Vorgänger von Franz Müntefering im Amt des Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag. Er hat in diesem Parlament im Jahr 1960 eine bedeutende Rede gehalten und gesagt: „Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie[. Aber ein Feindverhältnis tötet schließlich die Demokratie], so harmlos das auch anfangen mag.“ Das war seine Antwort auf zwei Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert. Und das

war auch ein Angebot, die innenpolitische Verhetzung, die auch damals in der Bundesrepublik schon bestand (die ist nicht neu), es war ein Angebot, sie zu überwinden².

In der Demokratie gibt es einen Grundkonsens, der übrigens auch für die Wissenschaft gilt. Und dieser Grundkonsens heißt: Die Freiheit der Meinung des anderen erkenne ich an. Niemand ist im Besitz der absoluten Wahrheit. Das ist die Grundlage für einen produktiven Streit und für das Finden von Erkenntnissen.

Auf dieser Basis lohnt es sich zu streiten. Es lohnt sich, über Missstände zu reden, zum Beispiel hier und heute mit Franz Müntefering. Das ist ja einer, der das politische Geschäft aus jahrzehntelanger aktiver Betätigung kennt. Und ich freue mich besonders, dass er als Vorsitzender des Stiftungsbeirats die Arbeit der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung in Dresden unterstützt.

Missstände in der Demokratie

Der Politiker Franz Müntefering hat ja eine wichtige Aufgabe darin gesehen, Politik allgemein verständlich zu machen. Ein Zitat von ihm lautet: „Ich kann nur kurze Sätze.“ Vielleicht kommen wir hier also heute weiter. Also: Wie ist das zu verstehen? Ich schneide einmal aus meiner Sicht – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eine Reihe von Missständen in der Demokratie an:

1. Die Übermacht der Unternehmen.

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hat im Bundestag 2003 zur Begründung der Agenda 2010 unter anderem folgenden Satz ausgesprochen: „Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.“ Die damals begonnene Politik hat den Sozialstaat reformiert. Aber die Macht der Unternehmer, ihre Interessen auch gegenüber dem Staat und gegenüber den sozial Schwächeren durchzusetzen, sie ist heute unangefochten. Man muss sich ja nur den Volkswagen-Konzern anschauen: Dem gelingt es hierzulande – anders als in den USA übrigens – mit sehr milden Auflagen zur Manipulation des Abgasausstoßes durchzukommen. Oder die 6 Milliarden Steuerrückzahlung, die

² Vgl. Meyer, Christoph (2006). Herbert Wehner. Biographie. München: dtv.

den Atomkonzernen jetzt aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts winken. Noch ein Punkt: Jahrelange Duldung von Steuertricks durch die Finanzbehörden, die „Cum-cum-“ und „Cum-Ex-Geschäfte“, vielleicht haben Sie davon gehört. Wer hat denn da nicht aufgepasst? Und warum?

2. Soziale Schieflagen

Es gibt einen jahrzehntelang anhaltenden Trend bei uns: Die Reichen werden reicher, die Ärmern nicht (oder sie werden weniger reich). Die Polarisierung ist gewachsen. Zwischen Oben und Unten, zwischen Arm und Reich, sie bleibt auch zwischen Ost und West. Die Armutsquote ist von 2005 bis 2015 auf den Höchststand gestiegen, die Aufstiegschancen sind gesunken: Zwischen 1991 und 1995 stiegen 47 Prozent der Armen in die untere Mittelschicht auf, zwischen 2009 und 2013 gelang das nur 36 Prozent³. In Sachsen gibt es in Deutschland übrigens am wenigsten zu erben – wem nutzt es also, dass die Erbschaftssteuer so niedrig ist? Denen im Westen. Wie sieht es aus mit der Besteuerung von Kapitalerträgen großer Unternehmen, mit der Kapitalflucht ins Ausland, Vermögenssteuer, Beitragsbemessungsgrenzen? Wer finanziert den Sozialstaat? Ist hier etwas aus dem Gleichgewicht geraten?, frage ich.



³

Vgl. Wie verbreitet ist Armut in Deutschland? In: Böckler Impuls 6/2017, S. 5.

3. Mediale Entmündigung

Früher war (jedenfalls im Westen) alles viel besser. Staatlicher bzw. öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen sorgten für ausgewogene, allgemeine Informiertheit. Die Tageszeitung war Allgemeingut. Heute gibt es hunderte Privatsender, außerdem die Vielfalt des Internets und der sozialen Netze. Maßstab ist allerdings nicht die Solidität des Angebots, der Maßstab sind Einschaltquoten und die Zahl der Klicks. Seichte Unterhaltung und einseitige Sensationsmache gewinnen. Eine gut informierte Bevölkerung sieht anders aus. Ich spreche nicht von „Lügenpresse“ – das trifft es nicht. Ich spreche von Selbstentmündigung – sowohl der Medien als auch ihrer Nutzer. Zu dieser Selbstentmündigung „von unten“ kommt vielleicht auch noch eine Entmündigung „von oben“. Die Manipulation der Massen durch verfälschte Informationen, zum Beispiel beim Irakkrieg seitens der USA. Ein aktuelles Beispiel sind die „alternative facts“ des Präsidenten Trump. Moderne Medientechniken können von Mächtigen missbraucht werden – wie organisiert eine Gesellschaft es also so, dass Öffentlichkeit in erster Linie zur Aufdeckung und zur Bekämpfung von Manipulation wirksam wird?

4. Parteien als Unternehmen

Früher, zu Adenauers Zeiten, galt nur die CDU als „Kanzlerwahlverein“. Andere Parteien, wie zum Beispiel die SPD, hatten andere Ansprüche. Da hieß es, im Godesberger Programm: Die Demokratie „muss die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden.“ Und die Parteien selbst sind, so sagt es das Parteiengesetz, demokratisch von unten nach oben aufgebaut. Es entscheidet kein zentrales Politbüro, sondern es gibt örtliche Organisationen, regionale, überregionale mit Wahlen und Abstimmungen von unten nach oben. Doch ist die innerparteiliche Demokratie vielleicht teils unterhöhlt? Die Basis wird schwächer, und neben die oder an die Stelle der schwächer werdenden Parteiorganisation tritt der oder die Abgeordnete, vielleicht als Unternehmer seiner selbst, mit eigenem Büro, mit Angestellten, mit umfassender organisatorischer und sozialer Absicherung. In den Versammlungen dominieren Altvordere und Politikstudenten (ich formuliere das jetzt absichtlich männlich). Der Zug der Karriere geht – ein Vorurteil oder Urteil? – „vom Kreißaal über den Hörsaal in den Plenarsaal“ – wo wirken da noch die Parteien bei der Willensbildung der Bevölkerung mit? In Frankreich hat sich etwas bewegt. Ist es zukunftsweisend, wenn die neuen Abgeordneten der Bewegung „En marche“ aus breiteren Schichten der Bevölkerung kommen?

Oder ist es eher eine Gefahr, weil das alles nur auf eine Person, nämlich den Herrn Macron, zugeschnitten ist und damit demokratische Beteiligung in und über gewachsene Parteien ausgehebelt wird? Was passiert, wenn die Führungsfigur einmal nicht mehr da ist, bricht dann alles zusammen?

Der Ohnmacht begegnen

Ja. Es macht sich so etwas wie ein Ohnmachtsgefühl breit. Ich denke an die erste der Dialog-Kontrovers-Veranstaltungen, zum Klimawandel. Ich erinnere mich, hier im Raum waren zwei Ideen, wie denn die Welt zu retten sei: Durch weltweite, globale Vereinbarungen, durch eine Weltregierung der Klugen und Einsichtigen. Doch dann allerdings war das Dilemma: Wie kommen wir denn da hin, dass das weltweit auch so gemacht wird? Und die zweite Idee war dann sozusagen die Antwort: Indem jeder bei sich selbst anfängt, graswurzelnartig. Ich verzichte einfach auf mein i-Pad, auf mein dickes Auto. Und das Dilemma hier: Was heißt das, wenn alle Ökologie, regionalen Einzelhandel und soziale Sicherheit total wichtig finden und trotzdem bestellen sie massenweise bei globalen Versandhändlern wie Amazon – Verpackungsmüll?

Die Antwort: Es bedarf des organisierten gemeinsamen politischen Wirkens in der Demokratie, es ist nötig, sich machtvoll zu engagieren. Interessen bündeln. Die Frage ist also: Wie kann das gelingen? Ich nehme Bezug auf das, was ich 2014 in einer Ringvorlesung – Stefan Busse hat darauf hingewiesen – als Gefahr einer „geheuchelten Demokratie“ bezeichnet habe:

„Eine Demokratie, die nicht fähig ist, mit der Modernisierung in allen anderen Bereichen Schritt zu halten, wird zur *geheuchelten* Demokratie. Dann gibt es zwar Gemeinderäte, Landes- und nationale Parlamente, formal demokratische Parteistrukturen, aber die tatsächlichen Entscheidungen fallen woanders: bei Beratern und sogenannten „Profis“, in den Bürokratien, in transnational agierenden“⁴ Konzernen.

Ich kann wirtschaftlichen oder „Modernisierungs-Erfolg“ „auch ohne Demokratie bzw. mit ‚postdemokratischen‘ Strukturen“ organisieren. Der Preis dafür sind zwar starke populistische Bewegungen, aber die lassen sich ja vielleicht ins System einbauen. Parteien und Bewegungen wie AfD und Pegida lenken doch

⁴ Meyer, Christoph (2017): Geheuchelte Demokratie. Wenn der Staat modern sein soll. In: Busse, Stefan; Beer, Kornelia (Hg.): Modernes Leben – Leben in der Moderne. Wiesbaden: Springer VS, S. 44f.

die Wut der Menschen von den tatsächlich mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen auf andere, eher sozial benachteiligte Gruppen wie Ausländer, Geflüchtete, Muslime, sogenannte „Fremde“.

Ich weiß nicht, ob das so sein soll. Ich meine, das ist nicht wünschenswert. Vielmehr finde ich: „Wünschenswert im Sinne eines *menschlichen* Staates, einer *menschlichen* Gesellschaft ist die Entwicklung einer modernen Demokratie oder: das Schritthalten von demokratischer Staatlichkeit und demokratischer gesellschaftlicher Organisation mit der Modernisierung in allen Bereichen.“⁵

Die Frage, die ich also habe, ist: Wie begegnen wir der gefühlten – oder ist es vielleicht eine tatsächliche – wie begegnen wir der Ohnmacht?

